

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 ppbn.d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Rudolf Dreßler MdB
zum Ende des Golf-
krieges: Chancen des
Dialogs über Krieg und
Frieden.

Seite 1

Dr. Wilhelm Bruns zur
Rolle des UN-Gre-
miums und seiner
Handlungsmöglichkei-
ten: Der Sicherheitsrat
ist wieder zur Gestal-
tung fähig.

Seite 2

Manfred Opel MdB zur
Bonner Steuerpolitik:
Waigels Goldesel hat
Verstopfung.

Seite 3

Heiko Schultz MdL zu
einer SPD-Initiative im
Bayerischen Landtag:
Bonner
"Kinderkommission" als
Vorbild.

Seite 5

46. Jahrgang / 41

28. Februar 1991

Chancen des Dialogs über Krieg und Frieden

Zum Umgang unserer Gesellschaft mit den Ereignissen am Golf

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Krieg am Golf findet ein Ende. Nach und nach werden Fakten über die tatsächliche Zahl der Opfer auf beiden Seiten bekannt werden. Meine Hoffnung ist, daß nun die Menschen in Israel wie in den anderen, vom Krieg heimgesuchten Ländern, in der ganzen Region, die Chance erhalten und nutzen, ihre auf Friedenserhalt gerichteten Kräfte zu entfalten.

Der Krieg hinterläßt auch in unserer Gesellschaft Spuren. Er hat auseinandergetrieben, verändert, auch dazu geführt, daß neue Bindungen geknüpft wurden. Wenn man die vielen Auseinandersetzungen der vergangenen Wochen bei uns richtig wägt und interpretiert, dann wurden Chancen nicht zugeschüttet; Chancen auf eine Verständigung über die künftige Rolle Deutschlands in der Staatengemeinschaft und in deren Institutionen. Parteien, Verbände, Kirchen, einzelne Intellektuelle und nicht zuletzt die Friedensbewegung haben unter sich wie miteinander sehr ernsthaft, voller bedenkenswerter Argumente gestritten.

Bei aller Gegensätzlichkeit hatte dieser Streit auch etwas Befreiendes. Es wurde klar, daß die Politik des Gewaltverzichts bei uns fest verankert ist. Die Anlässe zur Nachdenklichkeit seit Ende des Kalten Krieges und dem Fall der Mauer haben der Diskussion über Krieg und Frieden gut getan. Rigorose Ausgrenzung der anderen Meinung blieb Einzelfall. In der öffentlichen Nachbereitung der Kriegszeit wird dies nicht verschwiegen werden können, auch nicht von kritischen ausländischen Beobachtern Deutschlands.

Ganz gewiß ist der Begriff "Politische Kultur" oft strapaziert und abgeschliffen worden. Die Debatte der letzten Wochen war jedoch ein Zugewinn an Politischer Kultur in unserem Land

Wacht jemand darüber, daß dieser Zugewinn nicht verlorengeht? Die Sozialdemokraten sollten sich zutrauen, hier ein Wächteramt zu übernehmen - und zugleich - hoffentlich - lebhaft Teilnehmer an der Diskussion sein, die kommt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kennzeichen Umwelt
mit recycelten Rohstoffen
Recycling-Papier



Die künftige Rolle der deutschen Republik in der internationalen Politik muß nämlich noch erörtert und entwickelt werden. Dort stehenbleibe, wo uns ein glücklicher Ausgang des Kalten Krieges hingestellt hat, können wir sicher nicht. Die neue Freiheit legt Verantwortung auf. Die Demonstration der Friedfertigkeit über Mahnwachen, ein anspruchsvoller Dialog über Krieg und Frieden, rasch organisierte Besuche bei Betroffenen, Barschecks und diplomatische Bemühungen im Hinterfeld der Staatengemeinschaft werden in Zukunft nicht reichen.

Wir müssen uns der Verantwortung stellen und die Mühen um Sicherung des Friedens teilen, nachdem der Krieg am Golf uns verschont hat.

(-/28. Februar 1991/rs/fr)

Der Sicherheitsrat ist wieder zur Gestaltung fähig **Zur Rolle des UN-Gremiums und seinen Handlungsmöglichkeiten**

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Erhält der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seine Handlungskompetenz im Golfkrieg zurück?

Diese Frage ist nach der gestrigen Nacht zu bejahen, denn der Weltsicherheitsrat soll die einseitig von den USA, Großbritannien und Frankreich angebotene Waffenruhe zu einem Waffenstillstand offizialisieren.

Die Tragik dieses für den internationalen Frieden zuständigen Weltgremiums bestand sechs Monate darin, daß der Weltsicherheitsrat unmittelbar nach dem Überfall des Irak auf Kuwait zwar Handlungsfähigkeit und Entscheidungsfreude gezeigt hatte und dafür zurecht gelobt wurde, doch sich mit seiner letzten entscheidenden Resolution 678 vom 29. November 1990 aus seiner gestaltenden Funktion verabschiedet hat, indem er die weitere Entscheidung über die sogenannten erforderlichen Maßnahmen, die gegen den Irak zu ergreifen waren, im wesentlichen den USA überlassen hat. Zwischendurch war der Weltsicherheitsrat in einer bloßen Zuschauerrolle. Diese Phase geht nun zu Ende.

Der Sicherheitsrat steht nun vor zwei großen Aufgaben. Erstens: Aus der angekündigten und inzwischen vollzogenen Waffenruhe soll ein geregelter Waffenstillstand werden, entsprechende Vereinbarungen sind zu treffen. Zweitens: Der Weltsicherheitsrat muß den Rahmen und die Voraussetzungen für eine Friedensordnung im Nahen Osten schaffen. Dies ist eine zentrale Forderung, die sich aus den bisherigen Resolutionen der Vereinten Nation ergibt.

Es kommt jetzt darauf an, daß der Weltsicherheitsrat prozedural eine Resolution verabschiedet, mit der sich der Sicherheitsrat selber zum Gestalter der Beendigung des Krieges sowie der Einleitung des Friedensprozesses im Nahen Osten einsetzt.

Auch die Bundesregierung als UNO-Mitglied ist gefordert, und zwar in mehrfacher Hinsicht:

1. Die Bundesregierung muß ihr Gewicht als weltweiter Friedensfaktor (Genscher) sichtbar machen.

2. Sie muß für ihre neue Rolle in der internationalen Politik die notwendigen politischen und rechtlichen Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Beteiligung der Bundesrepublik an Friedensmissionen der Vereinten Nationen schaffen.
3. Dazu bedarf es einer gründlichen politischen Diskussion.
4. Die Bundesrepublik hat die Pflicht zur Aufklärung darüber, was die Mitgliedschaft Deutschlands in den Vereinten Nationen bedeutet. Hier gab es lange Zeit ein Aufklärungsdefizit.

Es kommt nun darauf an, daß die Bundesrepublik überzeugend und ausreichend nach innen wie nach außen ihre Rolle in den Vereinten Nationen darstellt und zwar so, daß sie bei nächster Gelegenheit nicht schon wieder unter Druck gerät und unter diesem Druck Entscheidungen treffen muß.

(-/28. Februar 1991/rs/fr)

Waigels Goldesel hat Verstopfung Zur Bonner Steuerpolitik

Von Manfred Opel MdB

Man meinte schon, ein neues Zeitalter staatlicher Geldschöpfung sei angebrochen. Seit Jahren tönen Finanzminister Waigel und seine Hilfstruppen, es gäbe ein einfaches Rezept für die staatliche Geldvermehrung durch Mehreinnahmen.

Waigel's Law sollte folgendermaßen funktionieren: Der Staat senkt die Steuern. Dadurch wird die Wirtschaft angekurbelt. Und hierdurch steigen wiederum die Einnahmen des Staates trotz geringerer Steuersätze.

Spötter bemerkten schon damals, daß es dann wohl das beste wäre, wenn Waigel die Steuern ganz abschaffen würde, damit würde die Wirtschaft am meisten angekurbelt und nach seinem Gesetz müßten die staatlichen Einnahmen besonders hoch sein. Doch an diesem ebenso simplen wie übertriebenen Beispiel wird deutlich, daß es ohne Steuern auch keine staatlichen Einnahmen geben kann.

Die Entwicklungsgeschichte von Waigel's Law ist höchst interessant. Am 10. Mai 1989 erklärt der Bundesfinanzminister vor der Bundespressekonferenz in Bonn: "Die Politik der Ausgabenbegrenzung in den öffentlichen Haushalten unter Senkung der Steuerlast bei Bürgern und Betrieben erweist sich als erfolgreicher Weg zur Stärkung der Wachstumskräfte, die ihrerseits für die nachhaltige Verbesserung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte sorgen."

Schon einen Tag später erklärt pflichtschuldigst der CSU-Abgeordnete Dr. Falthäuser in einer CSU-Pressemitteilung: "(Das) Ergebnis der aktuellen Steuerschätzung bestätigt unser Konzept, wonach Steuerentlastungen die wirtschaftliche Dynamik und damit schließlich auch die Steuereinnahmen erhöhen. Dieser Selbstfinanzierungseffekt von Steuersenkungen ist also keineswegs Theorie, sondern greifbare Realität."

Für Waigel's Law wurden in der Folge immer griffigere Formulierungen entwickelt. Schließlich verkündete der Finanzminister in der Augsburger Allgemeinen vom 7. Mai 1990: "Niedrigere Steuern und Abgaben führten zu mehr Wachstum, damit zu höheren Staatseinnahmen und letztlich zu sinkenden Defiziten."

Und um erst gar kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, bekam der Kollege Romberg (SPD) aus der damaligen DDR gleich noch eine Breitseite mit: "Ich habe keinerlei Verständnis mehr für die weitergehenden Forderungen der SPD-Politiker in der DDR, die in einer merkwürdigen Weise von Vereinbarungen wieder abgehen und in einer gewissen Illoyalität zu ihrem eigenen Ministerpräsidenten und zu ihren bundesdeutschen Gesprächspartnern Nachbesserungen verlangen. Finanzminister Romberg und seinen Kollegen muß mit aller Klarheit gesagt werden: So etwas geht mit uns nicht. Ich empfinde das als unseriös und als eine politische Zumutung, die die Stimmung in Ost und West verschlechtert und den Ärger der Bevölkerung der Bundesrepublik geradezu herbeiführt."

Unterdessen ist der gescholtene Finanzminister Romberg glänzend rehabilitiert und Waigel hatte entweder wissentlich oder, was für einen Finanzminister zumindest ebenso schlimm ist, unwissentlich die dreistelligen Milliarden-Defizite infolge der deutschen Einheit schöngeredet.

Außerdem war bereits im Sommer 1990 aber längst klar, daß die deutsche Einheit, würde man in den ostdeutschen Ländern den Aufbau massiv vorantreiben wollen und zudem die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen, wesentlich mehr kosten würde, als von Waigel bis zur Bundestagswahl eingeräumt. Beispielsweise hatte der Präsident des Deutschen Städtetages Manfred Rommel schon im Mai 1990 Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit verlangt. Damit war das Thema auch für den Finanzminister kritisch geworden.

Am 18. Juni 1990 erklärte er deshalb im Hamburger Abendblatt: "Die Gleichung: Weniger Steuern auf Investitionen und berufliche Leistung bedeuten mehr Wachstum, und mehr Wachstum stärkt die öffentliche Finanzlage, geht auf... Es bleibt also dabei: Die Steuerzahler müssen kein Sonderopfer für die deutsche Einheit bringen."

Im Wahlkampf wurde dann landauf landab von allen CDU-Abgeordneten die neue Geheimformel verkündet: Weniger Steuern bedeutet höhere Staatseinnahmen. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dregger erklärte deshalb folgerichtig auch am 4. September 1990 im CDU/CSU-Pressedienst: "Wir haben die Steuer in drei Stufen drastisch gesenkt! Nur wer - wie Lafontaine - ein sozialistisches Brett vor dem Kopf hat, sieht in Steuererhöhungen ein Allheilmittel und kann nicht verstehen, daß Steuersenkungen - wie von uns praktiziert - zu mehr Steuereinnahmen führen". Und weil Dregger gerade so schön am Galoppieren war, faßte er zusammen: "Fazit: Wir sind für die finanziellen Herausforderungen der Einheit bestens gerüstet."

Lautete bisher das Waigel'sche Gesetz, man müsse nur die Steuern senken, um die Staatseinnahmen zu erhöhen, versuchte es der parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Fraktion Bohi am 7. September 1990 in der Ausgabe des Deutschland-Union-Dienstes einmal anders herum. Dadurch wurden aber die Argumente auch nicht besser: "Wir wissen: wer Steuern erhöht, der nimmt nicht mehr ein, sondern weniger."

Das ist ein bemerkenswerter Satz. Den muß man sich merken.

Und weils so schön war - es war ja gerade Wahlkampfzeit - erklärte Kanzler Kohl am 23. Oktober 1990 im ZDF: "Als erstes heißt es, wir brauchen Steuererhöhungen. Ich bin dagegen."

Zuerst kam die Wahl; und dann kam die Wahrheit heraus.

Eher verschämt äußerte sich der Finanzminister in seinem Haushaltsaufstellungs-Rundschreiben vom 6.2.1991: "Die Deutsche Einheit ist für die Bundesrepublik Deutschland mit zusätzlichen Lasten von erheblichem Gewicht verbunden."

Drei Tage vorher hatte er im Hessischen Rundfunk noch verkündet: "Ich möchte mich heute nicht festlegen, aber auch grundsätzlich nichts ausschließen."

Wer es bisher nicht kapiert hatte, der wußte jetzt Bescheid.

Kaum erwähnenswert ist, daß die FDP mit ihrem laut tönenden Grafen einmal mehr umgefallen ist.

Die Milliarden für die Einheit, für den Golf und für andere zusätzliche Aufgaben holten sich die Bonner Regierenden auf klassische Weise, nämlich durch Steuererhöhungen.

Und dabei hatte alles so hoffnungsfroh angefangen mit Waigel's Law: Der Finanzminister hätte nur die Steuerschraube ein wenig zu lockern brauchen. Und schon wären - nach seiner ureigensten Theorie - die Steuerquellen wieder heftig gesprudelt. Die Bürger hätten sich freuen können: Die Milliarden für die deutsche Einheit hätten wir mit einer geringeren Steuerlast freudig aufgebracht. Wer wäre da nicht gerne dabei gewesen?

Doch Schande, das Waigel'sche finanzpolitische perpeduum mobile hat sich als das erwiesen, was es ist: ein Goldesel mit chronischer Verstopfung.

(-/28. Februar 1991/rs/fr)

Bonner "Kinderkommission" als Vorbild **Zu einer SPD-Initiative im Bayerischen Landtag**

Von Heiko Schultz MdL

Familienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Kinder sind besonders schwache und schutzwürdige Mitglieder unserer Gesellschaft. Sie können sich weder organisieren noch sonst ihre Bedürfnisse zur Geltung bringen. Sie sind darauf angewiesen, daß die Eltern und die politischen Gremien ihre Interessen berücksichtigen. Eine Lobby für die Kinder will die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag nun im Parlament einrichten: die "Kinderkommission". Deren Tätigkeit soll sich - nach dem Vorbild im Bundestag - durch alle Politikbereiche ziehen, weil die Kinder von Planungen und Maßnahmen, von Gesetzen und vom Vollzug quer durch alle Politikfelder betroffen sind.

Vorbild ist die 1988 vom Ältestenrat des Deutschen Bundestages eingesetzte "Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder". Diese Kommission ist mit je einem Kinderbeauftragten jeder Fraktion besetzt, die gleichberechtigt sind und ihre Initiative übereinstimmend vortragen. Wenn eine Einigung nicht zustandekommt, kann jedes Mitglied der Kommission für sich versu-

chen, ein Anliegen vorzubringen. Die Mitglieder der Kommission wechseln sich im Sprecheramt ab.

Die Einrichtung der "Kinderkommission" im Deutschen Bundestag ist in der deutschen Parlamentsgeschichte ein einmaliger Vorgang, der unterstreichen soll, daß der Bundestag die Kinder in besonderer Weise in die Fürsorge und Obhut eines parlamentarischen Gremiums nehmen will. Dahinter sollte der Bayerische Landtag, in dessen Aufgabenbereich nicht nur Kulturpolitik und Landes- wie Regionalplanung, sondern auch der Vollzug zahlreicher Bundesgesetze fällt, nicht zurückstehen. Die "Kinderkommission" des Parlaments muß den Kindern eine echte Lobby werden, die beispielsweise alle landesrechtlichen Vorschriften und Gesetze auf ihre "Kinderverträglichkeit" prüft und - wenn erforderlich - Änderungsvorschläge vorlegt. Die Kommission soll in bestem Sinne des Wortes parlamentarische und außerparlamentarische Interessenvertretung für Kinder sein und Signale setzen. Gleichzeitig soll sie auch Partner und Förderer von Verbänden, Organisationen und Einrichtungen sein, die sich für die Interessen der Kinder einsetzen.

Mögliche Arbeitsfelder der "Kinderkommission" im Bayerischen Landtag könnten sein:

- o die Überprüfung der Rahmenbedingungen für Kinder im Bereich von Bildung Ausbildung;
- o der Abbau von Gewalt gegen Kinder;
- o die Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr für Kinder; Verkehrsberuhigung, Tempo 30 in Wohngebieten, Ausbau der Verkehrserziehung;
- o der Ausbau einer kinderfreundlichen Familienpolitik;
- o die Stärkung und Verbesserung der Möglichkeiten außerschulischer Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Kindergärten, Krippen, Horten und vergleichbaren Einrichtungen;
- o die Verbesserung eines kinderfreundlichen Wohnumfeldes: Spielplätze, ausreichender Wohnraum, Freizeiteinrichtungen;
- o die Förderung einer kindgerechten Gesundheitspolitik mit den Bereichen Vorsorge, Ernährung und Sport;
- o das Zurückdrängen des Einflusses der Werbung mit und für Kinder sowie der Kinder als Konsum-Objekt;
- o eine Umweltpolitik, die sich an den Interessen der Kinder orientieren;
- o der Ausbau des Kinder- und Jugendschutzes.

Für ihre Kinderpolitik braucht die "Kinderkommission" tatkräftige Unterstützung gerade von Verbänden und Organisationen, die schon jetzt für die Kinder arbeiten: Aber auch der gute Wille der Staatsregierung und aller Einrichtungen des Landtags wird notwendig sein, damit die Kinder eine echte Lobby bekommen.

(-/28. Februar 1991/rs/fr)
